

ANTRAG

der Fraktion der FDP

google street view

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen,

1. inwieweit es rechtlich möglich ist, google street view und ähnliche Aktivitäten anderer Anbieter zu untersagen.
2. wie weit es möglich ist, die Veröffentlichung der Daten an eine Einwilligung der Betroffenen zu knüpfen.

Dem Landtag ist bis zum Ende des 2. Quartals 2010 Bericht zu erstatten.

Michael Roolf und Fraktion